

Rürup, Bert

Article — Published Version

Sozialpolitik: Unverbindliche Antworten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Rürup, Bert (2009) : Sozialpolitik: Unverbindliche Antworten, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 89, Iss. 11, pp. 712-, <https://doi.org/10.1007/s10273-009-0993-9>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/65543>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Der Koalitionsvertrag, den CDU/CSU und FDP am 26.10.2009 unterschrieben haben, umfasst 132 Seiten. 30 Seiten sind dem Kapitel „Sozialer Fortschritt“ gewidmet. Die dort niedergeschriebenen Absichten zur Weiterentwicklung unseres Systems der sozialen Sicherung gehen zumeist in die richtige Richtung. Allerdings sind die vereinbarten Maßnahmen durchweg wenig konkret. Ein Grund für diese Unverbindlichkeiten ist sicher, dass die drei Metaziele der Koalitionspartner – Steuern senken, Sozialabgaben stabilisieren, den Staatshaushalt konsolidieren – unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und bei Verzicht auf unpopuläre Gegenfinanzierungsmaßnahmen faktisch unvereinbar sind, was auch auf dem Feld der Sozialpolitik zu interpretationsoffenen Formulierungen zwingt.

Bei der Alterssicherung soll etwa nur geprüft werden, wie die familienpolitische Komponente gestärkt und wie weiteren – bislang ausgeschlossenen – Personengruppen der Zugang zur staatlich geförderten Altersvorsorge ermöglicht werden kann. Zur Verhinderung von Altersarmut soll zum einen die private und betriebliche Altersvorsorge für Geringverdiener attraktiver gemacht werden. Zum anderen soll eine Regierungskommission einen Vorschlag entwickeln für ein steuerfinanziertes Alterseinkommen oberhalb der Grundsicherung, das aber gleichzeitig bedarfsabhängig sein soll(?!). Sehr viel entschiedener und eindeutiger – allerdings mit dem hohen Risiko des Scheiterns – ist der Koalitionsvertrag bei der leidigen Frage der Vereinheitlichung von Rentenfestsetzung und -anpassung in den alten und neuen Ländern. Hier hat sich die Regierung festgelegt, dieses Problem in dieser Legislaturperiode zu lösen. Eine systematische und kostenneutrale Lösung dürfte viele Bürger in den neuen Ländern enttäuschen, die damit verbunden eine



Bert Rürup

Sozialpolitik: Unverbindliche Antworten

deutliche Rentenerhöhung erwarten; eine diesen Einkommenserwartungen entsprechende Lösung würde mit neuen Ungleichbehandlungen und zusätzlichen Belastungen in Milliardenhöhe einhergehen. Mit keinem Wort wird dagegen auf den rentenpolitischen Scherbenhaufen als Folge des mehrfachen Aussetzens der Rentenanpassungsformel in der vergangenen Legislaturperiode sowie der leidigen Rentengarantie vom April dieses Jahres und den daraus erwachsenden Risiken für die Einhaltung der gesetzlich vorgegebenen Beitragssatzobergrenzen eingegangen. Hier wird auf das Prinzip Hoffnung gesetzt.

Anders als bei der Alterssicherung steht bei der gesetzlichen Krankenversicherung eine belastbare Antwort noch aus. So wichtig eine wettbewerbsgetriebene Mobilisierung von Effizienzreserven ist, so klar sollte es sein, dass in unserer alternden Gesellschaft angesichts des rasanten medizinisch-technischen Fortschritts eine anspruchsvolle medizinische Versorgung der Bevölkerung einen großen Anteil des Bruttoinlandsproduktes beanspruchen wird. Deshalb muss endlich die Frage beantwortet werden, wie unser GKV-System weniger beschäftigungs- und wachstumsfeindlich finanziert werden kann.

Vor diesem Hintergrund ist die mit einem sozialen Ausgleich flankierte mutmaßlich schrittweise Einführung einkommensunabhängiger Arbeitnehmerbeiträge und die damit verbundene Entkopplung der Gesundheitskosten von den Arbeitskosten zu begrüßen. Angesichts der Tatsache, dass das Regionalprinzip dem Sozialversicherungsprinzip fremd und die regionale Einkommensumverteilung dem bundesstaatlichen Finanzausgleichssystem zugewiesen ist, stellt dagegen – auch angesichts zunehmend mehr bundesweit tätiger Krankenkassen – die Ankündigung regionaler Beitragsdifferenzierungen einen Irrweg dar.

Um die Nachhaltigkeit im Bereich der sozialen Pflegeversicherung zu erhöhen, ist die Einführung eines verpflichtenden kapitalgedeckten Ergänzungssystems vorgesehen. Es ist unstrittig, dass kapitalgedeckte Systeme über die Vorfinanzierung zukünftiger Kosten die intergenerative Umverteilung zulasten der nachwachsenden Generationen verringern. Allerdings stellt sich die Frage, warum gerade beim kleinsten Sozialversicherungszweig diese kapitalgedeckte Ergänzung obligatorisch sein soll, während man es in der sehr viel wichtigeren Alterssicherung bei der Freiwilligkeit belässt. Aus Gründen der Effizienz und um nicht noch weitere Portabilitätsprobleme aufzuwerfen, sollte die Regierung stattdessen über eine Ausweitung des Förderrahmens bei der Riester-Rente und der betrieblichen Altersvorsorge nachdenken, um dort eine Art „Pflege-Riester“ zu integrieren.

Fazit: Es ist nur zu hoffen, dass den guten Absichten noch die richtigen Maßnahmen folgen.

*Bert Rürup war Inhaber des Lehrstuhls für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der TU Darmstadt und ist seit dem 1. April 2009 Chefökonom bei der AWD Holding AG. Er vertritt hier seine persönliche Auffassung.
ruerup@vwl.tu-darmstadt.de*